



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein
Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 54

Blankenfelde, im September 2009

Die Nachtruhe soll zerstört werden - der nächste Wahlbetrug steht vor der Türe!

Die Tatsachen vertuschend erklären Kandidaten der Parteien: Wir sind gegen den Nachtflug. Unabhängig davon, ob sie es wirklich sind, sind ihre Erklärungen die Wahrheit vernebelnde Worthülsen. Sie haben nämlich gar nichts zu sagen. Sie müssen sich für ihre Parteiführungen in SPD und CDU beugen. Die „Linke“ wird sicher einen Regierungseintritt in Brandenburg nicht an einem „Nein“ zum Nachtflug scheitern lassen. Der Nachtflug soll durchgesetzt werden. Die Nachtruhe soll zugunsten eines wirtschaftlichen Erfolges des BBI endgültig zerstört werden.

Hier die Fakten:

Das Bundesverwaltungsgericht erklärt als Ergebnis der Klagen der vom BVBB organisierten fast 3000 Kläger am 26. März 2006, dass die von der Landesregierung per Planfeststellungsbeschluss beantragten 87 Nachtflüge wegen erwarteter Gesundheitsgefahren rechtswidrig sind. Die Landesregierung (SPD und CDU) soll darum gefälligst einen neuen Planfeststellungsbeschluss fassen und dabei die strengen Nachtflugaufgaben des Gerichtes berücksichtigen.

Was dann passierte ist eine Frechheit gegenüber dem Gericht und eine Missachtung des Gesundheitsschutzes der Menschen zwischen Müggelheim/Gosen und Ludwigsfelde. Die Flughafengesellschaft (FBS) teilt der Landesregierung mit, dass sie in dem neuen Beschluss anstatt der verbotenen 87 nun 117 Nachtflüge haben will. Flughafengesellschaft heißt: Platzeck (SPD), Wowereit (SPD) und ihre Koalitionspartner CDU bzw. „Die Linke“ als Gesellschafter, gestützt von den Parteien, die den BBI durchgesetzt oder hingenommen haben. Dazu gehören auch „Die Grünen/B90“ und FDP.

Seit März 2006 wird nun nach Gründen gesucht, mit denen die politisch Verantwortlichen Platzeck (SPD), Junghans (CDU) und die Abgeordneten von SPD und CDU die Gerichtsentscheidung unterlaufen können. Sicher nicht ohne Auftrag von Platzeck und Co. ließ sich die Planfeststellungsbehörde, bei der Landesregierung Brandenburg, nun ein Gutachten zurecht schreiben das im Ergebnis den politischen Willen nach Zerstörung der Nachtruhe entspricht. Diese Vollzugsbehörde ließ sich nun durch das Gutachten (INTRAPLAN) bescheinigen, dass **17 X** zwischen 0:00 Uhr und 5:00 Uhr, so wie je nach Bedarf **71 bis 95 X** zwischen 22:00 Uhr und 5:00 Uhr geflogen werden können muss. **Zusammengerechnet also praktisch wieder bis über 110 Flüge in der Nacht.**

Sicher auf Grundlage dieses Gutachtens und der Vorgaben von Platzeck & Co. hat die Behörde nun einen neuen Planfeststellungsbeschluss zusammengeschrieben, der sich auf das von ihr bezahlte Gutachten stützt. Am 24. August, so hatte diese Behörde den Gemeinden angekündigt, sollte dieser Beschluss per Auslegung den Betroffenen zum Einspruch bekannt gemacht werden. Wenige Tage vor dem 24. August zog dann die Behörde ihre Ankündigung zurück. Lakonisch teilte sie mit: Vertagung der Veröffentlichung auf unbestimmte Zeit. Da ist braven Beamten wohl entgangen, dass die Veröffentlichung vor den Landtagswahlen für die wahlkämpfenden Kandidaten, vor allem von CDU und SPD, der größte denkbare Unfall gewesen wäre. Ihre ganzen Luftblasen: „Auch wir sind gegen den Nachtflug“ wären im Himmel über den betroffenen Gemeinden geplatzt. Jetzt wollten sie sich weiter als Schützer der Nachtruhe darstellen dürfen. Die Wahrheit über die Absichten ihrer politischen Vorarbeiter ist nun bekannt. Wie ist das noch, liebe Kandidaten der Parteien? Wer die Wahrheit kennt, vertuscht und Gegenteiliges verspricht, der lügt.

Ein offenes Wort - Nachtruhe ist nicht ohne Klage zu retten

Was der BVBB wusste, auch immer gesagt hat, wird Wirklichkeit! Nach dem großen Erfolg unserer Kläger vor dem Bundesverwaltungsgericht müssen die Betroffenen jetzt wiederum gegen den erwarteten Planfeststellungsbeschluss klagen. Dies, weil Platzeck (SPD), Wowereit (SPD) und CDU mit Brachialgewalt erneut versuchen, den Betroffenen die Nachtruhe zu rauben, sie krank zu machen. Dieses Ziel wollen sie weiterhin mit Millionen und Abermillionen an Steuergeldern gegen die Betroffenen durchsetzen. Sie wissen: Ausreichendes Geld für Rechtsanwälte, Gutachter und Medienpropaganda ist der erste Garant um Klagen zu gewinnen.

Es stimmt eben doch: Wer Geld hat, hat den Rechtsweg auf seiner Seite. Dabei spekulieren Platzeck (SPD) und Co. darauf, dass die Betroffenen für eine Klage kein Geld haben oder nicht bereit sind, dafür Geld auszugeben. Sie spekulieren vor allem darauf, dass möglichst viele Betroffene nicht klagen, sich der Solidarität verweigern und nicht bereit sind, auch nur ein kleines finanzielles Opfer für eine qualifizierte Klage zu bringen. Sollen doch

**SO MIT UNS
NICHT**

die BVBB-Mitglieder alleine für Klagekosten bluten und ihr Geld zum Vorteil aller Bürger ausgeben, auch so denkt sicher der Eine oder Andere. Dabei wird vergessen, dass es mit einer Klage und der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes in Wahrheit um Gesundheit, Nachtruhe, die Zukunft unserer Kinder und unseres Lebensraumes geht. Kann man da Abseits stehen und sich darauf verlassen, dass der BVBB es schon richten wird? Nein! Wer sich darauf verlässt kann auch verlassen sein.

**Darum geht es um jeden Betroffenen und seine Zukunft, wenn wir bitten und auffordern:
Beteiligen Sie sich durch Ihre Spende an den Kosten einer Klage gegen einen
Planfeststellungsbeschluss, der Ihnen für alle Zeiten durch gewollte über 100 Nachtflüge die
Nachtruhe raubt. Dabei geht es nicht um große Beträge, die Sie wirklich belasten.
Schon ab 10,00 € von jeder Familie in der betroffenen Region würden eine Klage und ihre Risiken
finanzieren, mit der wir vor Gericht und gegen die Landesregierung antreten können.
Verweigern Sie sich nicht, es geht nämlich um Ihre Zukunft, Ihre Nachtruhe und nicht um den
BVBB. Bei Spenden über 50 € erhalten Sie für die steuerliche Absetzbarkeit eine
Spendenquittung.**

**Unser Spendenkonto:
Konto-Nr. 718 873 3004
BLZ 100 900 00 Berliner Volksbank
Kontoinhaber: BVBB e.V**

Es darf dialogisiert werden - die Menschen werden hinters Licht geführt

Vollmundig kündigten die Bürgermeister der BBI-Umlandgemeinden in einem sogenannten Planungsatlas mit Festschreibung und Absichten zur BBI-Umlandplanung folgendes an:

„...wenn es darum geht, das Umfeld des BBI zukünftig als attraktiven Lebensraum zu gestalten (natürlich unter Fluglärm, Katastrophenangst, Anm. Redaktion). Bewahrenswerte Heimat für die jetzigen Bewohner und attraktive Umwelt für die Menschen, die wir einladen wollen, an der gemeinsamen Zukunft mitzuarbeiten“....

Diese Aussagen beweisen sich nun als loses Geschwätz. Es gibt weder eine Einladung zur Zusammenarbeit noch irgendein Hinweis darauf, wie sich die Bürgermeister einen attraktiven Lebensraum und eine attraktive Umwelt bei täglich bis zu eintausend Überflügen am Tage und ohne Nachtruhe vorstellen.

Seit geraumer Zeit kommt dann ein Dialogforum ins Spiel, in dem sich die Bürgermeister, die gemeinsame Landesplanung, Vertreter der Landesregierung von Brandenburg und des Senates von Berlin unter Leitung eines „neutralen Moderators“, bestellt von Brandenburg, über Ausgleichforderungen der Gemeinden, Abstimmung von Planungen und „Ausbalancierung“ von Interessen dialogisieren sollen. Die Wahrheit vertuschend, wurde dann von den Bürgermeistern („Schutzgemeinschaft“ wie gehabt, hüllt sich der Bezirk Treptow-Köpenick in Schweigen) immer wieder angedeutet, dass man „irgendwie“ die Bürger als Betroffene an diesem „Dialogprozess“ beteiligen will. Das sind Worthülsen zur Verschleierung wahrer Absichten. Forderungen der Betroffenen, die Wahrnehmung ihrer Interessen, eine Beteiligung der Betroffenen, des BVBB, sind in diesem Konstrukt Dialogforum, das nach dem Willen von Wowereit und Platzack auch keine die Politik bindenden Beschlüsse treffen darf, nicht vorgesehen. Vorgesehen ist auch, dass der nun schon zweite Moderator dieser Veranstaltung politisch impotent bleiben muss, keine eigenen Themen und Vorschläge einbringen darf. Er soll, man glaubte es kaum, die Dialogfähigkeit der am Forum beteiligten fördern und sicherstellen.

Dabei, so wird bedeutet, sei dies auch nicht notwendig, weil die Bürgermeister auch die Interessen der Betroffenen vertreten. Da soll den Betroffenen wohl klargemacht werden, dass eine zwischen den Gemeinden abgestimmte Planung, Straßenreparaturen, die Ausweisung neuer Wohngebiete unter Fluglärm oder Gewerbeansiedlungen zum Wohle ihrer Betroffenheit ist.

Es bleibt dabei, solange Platzack (SPD), Wowereit (SPD) und die Bürgermeister, sprich auch die Gemeindevertretungen, die Forderungen des BVBB nicht zum Gegenstand von „Interessenausgleich“ akzeptieren und negieren, so lange stellen sie die Menschen ins Abseits und beugen sich den wirtschaftlichen Interessen der Flughafengesellschaft und der Fluggesellschaften. So dokumentieren sie in frühkapitalistischer und kollektivistischer Manier, dass sie die von ihren Entscheidungen betroffenen Menschen als Manipulationsmasse wirtschaftlicher Interessen missbrauchen.

Wen sollen wir wählen - noch immer eine Frage - immer noch zusammengebissene Zähne.

Es geht sicher um viel am 27. September. Um die Stimme der Wähler: mit vollmundigen Versprechen über bessere Bildung, bessere Betreuung unserer Kinder, Millionen neuer Arbeitsplätze, raus aus Hartz IV, bessere Gesundheits- und Familienpolitik- oder eine sorglose Zukunft im dritten Lebensabschnitt. Da fehlt dann auch nicht der Atomausstieg, die Verhinderung neuer Kohlekraftwerke, die Sanierung völlig überschuldeter Haushalte in Bund, Ländern und Gemeinden. Natürlich auch raus, besser halb raus, aus Afghanistan. Klimaschutz über Alles, die Welt auf Umweltschutz nach deutschen Maßstäben trimmen. Ob bei den Landtags- oder Bundestagswahlen, alle Parteien versprechen in Variationen im Detail praktisch das Gleiche. Das wissen sie auch! Darum schieben sie ihre Spitzenkandidaten vor ihre oft auch nebulösen Wahlkampfaussagen, um sie mit Personen zu übertünchen. Schaut her liebe Wähler, wir haben die Kanzlerin (nicht als „Die Deutsche“ plakatiert), wir haben den Steinmeier, wir haben den „Brandenburger“ (alias Platzack) wir haben

**SO MIT UNS
NICHT**

Was steckt dahinter? Wer das Wahlprogramm nicht kennt, sich verständlicherweise weigert, stundenlang politische Ergüsse vergleichend zu lesen, dem präsentiert man „Spitzenkandidaten“. Diesen Kandidaten soll der Wähler dann glauben, dass in seinem Interesse schon alles gerichtet wird. Nur, weit über 50% der Wähler vertrauen weder den Parteien, ihren Programmen und Propagandaversprechen. Zu oft wurden sie in den letzten 20 Jahren enttäuscht!

Von den Wählern, die zur Wahl gehen, sollen sich 75% schon entschieden haben. Wie viele für ihre Wahlentscheidung die Zähne zusammen beißen mussten, weiß man nicht. Ob die Wahlverweigerer mit ihren Gründen wissen, dass ihre Weigerung nur den Parteien hilft, im alten Trott weiter zu machen, weiß man auch nicht. Dass Stimmabgaben bei Wahlen auch Dankzettel für Versagerparteien sind, sollte man aber wissen.

Wen können wir noch wählen - hier eine Antwort

Über 150 Bürger und Bürgerinnen haben das Angebot des BVBB Antworten zur Frage: „Wen sollen wir wählen“, angenommen. Sie wollten Antworten auf diese Fragen. Der Wirtschaftspublizist, und am meisten ausgezeichneten Macher von Fernsehreportagen (26 nationale und internationale Auszeichnung vom „Deutschen Fernsehpreis“ bis zur „Hayek Medaille“), Günter Ederer, analysierte am 04. Sept. 2009 in der Markthalle auf Schloss Diedersdorf „messerscharf“ Propaganda und Versprechungen und Ideologien der Parteien. Gemeinsam mit der überwiegenden Zahl der Teilnehmer wurde ein Fazit gezogen: Es gibt nur eine Wahrheit, alle Parteien wollen regieren. Einig in diesem Ziel versprechen sie der Wählerklientel, was sie hören will. Sie negieren die enttäuschenden Erfahrungen der Wähler aus den Versprechungen der Vergangenheit. Sie vertuschen, dass sich immer mehr Wähler von den Parteien abwenden. So stellen sie dann die parlamentarische Demokratie an den Pranger und bringen das System der sozialen Marktwirtschaft für ihre eigenen Versäumnisse und Fehler in Misskredit. Dabei vertuschen sie, dass die schlimmsten Auswirkungen der Weltfinanzkrise auch auf deutschem Boden gewachsen sind. Es waren nicht die Amerikaner, die verantwortlich dafür gemacht werden können, dass deutsche Banken und ihre Bosse mit Geld als Luftnummer grenzenlos auf den internationalen Finanzmärkten spekulieren konnten, sich die Bankbosse Gehälter und Boni einstreichen durften, die jedes Maß an Anstand und Vernunft mit Füßen traten. „Nein“ so Ederer, es war die Gesetzgebung der Regierung Schröder (SPD) und Fischer (Grüne), die unter Missachtung der Regeln der sozialen Marktwirtschaft einen „Kasinokapitalismus“ befördert hat, für dessen Folgen wir nun als Steuerzahler bezahlen.

Schon alleine wegen dieses Frevels kann es am Wahltag keine Belohnung für die Parteien geben. Durch Proteststimmen für Listen und Kandidaten von Bürgerinitiativen muss den Parteien gezeigt werden, dass es eine „Strafe“ für politische Fehlhandlungen gibt.

Nicht nachvollziehbar war, dass die Medienvertreter diese Veranstaltung trotz Hinweis und Einladung weder angekündigt noch darüber berichtet haben. Umso erstaunlicher war, dass ca. 150 Teilnehmer über „Mundpropaganda“ den Weg nach Diedersdorf gefunden haben. Das zeigt, so Astrid Bothe (Vorsitzende), dass der BVBB ein spannendes Thema aufgegriffen hat. Darüber, dass die Medien gekniffen haben, muss man nicht länger nachdenken. Die Antwort findet man in der Berichterstattung zu Wahlkampfveranstaltungen der Parteien.

Immer wieder Lärmschutzfenster

In vorigen Ausgaben der INFO haben wir schon darauf hingewiesen, dass für Anträge auf Lärmschutzfenster keine Eile besteht. Solche Anträge können auch noch 5 Jahre nach Eröffnung des Neubaus BBI für den Flugbetrieb gestellt werden.

Ausdrücklich haben wir auch um Verständnis gebeten, dass es der BVBB sachlich und personell nicht leisten kann, für alle Betroffenen beratend zur Verfügung zu stehen. Nochmals informieren wir darüber, dass der BVBB für seine Mitglieder mit einer Fachanwaltskanzlei (Grawert, Schöning und Partner) zusammenarbeitet. Diese Kanzlei ist beauftragt „windige Verträge“ der FBS zum Einbau der Fenster und die Baugutachten zu überprüfen. Sie stellt auch die Anträge zum Einbau der Fenster bei der FBS und führt, wenn geboten, die rechtliche Auseinandersetzung mit der FBS. In Kenntnis der FBS-Verträge haben wir unsere Mitglieder gewarnt, Verträge der FBS zu unterschreiben. Kein Rechtsunkundiger kann sicher sein, dass er nicht etwas unterschreibt, was den Sinn des Schallschutzes verletzt, oder auch welche Kosten- und Garantiefolgen durch seine Unterschrift ausgelöst werden.

Ausgelöst durch die erkennbare Not, die Unsicherheit, die viele Betroffene zum Ausdruck bringen, hat der BVBB-Vorstand entschieden, dass wir auch Neumitgliedern ein Angebot zur Hilfe machen. Aus Gründen der Vorleistung unserer Solidargemeinschaft würde für Neumitgliedschaften ein rückwirkender Beitrag erhoben. Bei Interesse bitte Information über E mail (zentrale@bvbb-ev.de) per Post oder Telefon (nur Donnerstags zwischen 15:00 Uhr und 18:00 Uhr).

Am 27. September 2009 sind Landtags- und Bundestagswahlen Flughäfen und Fluggesellschaften würden SPD, CDU, Grüne, FDP und Linke wählen! Warum?

Diese Parteien sind der Garant für Profite der Fluggesellschaften! Um diese Profite sicherzustellen schützen sie den Fluglärm vor den Menschen! Dabei ist es ihnen egal, wie viele Milliarden EUROS der Steuerzahler für den BBI und seinen Betrieb berappen muss! Wenn für nichts mehr Gelder da sind, für den BBI aber immer!

**SO MIT UNS
NICHT**

Die Parteien, ihre Kandidaten und Abgeordneten verhindern den Nachtflug nicht! Sie tun nichts gegen die Entwertung des Eigentums!! Sie zerstören mit Fluglärm die Lebensqualität, unsere Erholungsgebiete und gefährden die Gesundheit der betroffenen Menschen! Sie zwingen unsere Kinder in Schulen und Horte, die mit künstlicher Belüftung und Befeuchtung zu Akustikkäfigen umfunktioniert werden! Sie halten Wohn- und Schlafräume mit Lärmschutzfenstern und künstlicher Belüftung für lebenswertes Wohnen und gesunde Nachtruhe!

Diese Tatsachen sollen die Menschen vergessen, auf Vertuschungskampagnen und auf Programme, Hilfsvereine und Worthülsen hereinfliegen. Ihnen wird vorgegaukelt, dass alles nicht so schlimm wird und doch in Zukunft etwas getan wird.

Wählt uns darum, so fordern sie, damit wir diese erfolgreiche Politik fortsetzen können. So beweisen sie dann noch, für wie dumm sie die Bürger halten.

Nein sagen wir! Soviel von den Parteien erwartete Dummheit darf es nicht geben. Bezahlt mit der Wählerstimme nicht den Strick, mit dem Ihr nach den Wahlen politisch weiter aufgehängt werdet. Wie sagt der Volksmund: Nur die dümmsten Kälber wählen ihren Metzger selber. Wer dies nicht will geht zur Wahl! Diesmal gibt es nur Proteststimmen für Kandidaten der Bürgerinitiativen und Landeslisten von Bürgervereinigungen. Die Parteien können so lernen, dass das Volk ihnen die Quittung dafür verpasst, dass sie billige Parteipolitik und nicht Politik für das Volk machen.

Bei der Abgabe der Erststimme kommt es immer auf die Situation vor Ort an. Grundsätzlich können wir nur dazu raten, nur den Kandidaten die Stimme zu geben, die sich nachweislich und glaubhaft hinter die Forderungen des BVBB stellen und unseren Verein bzw. die problematischen Folgen des BBI nicht erst seit ihrer Nominierung entdeckt haben.

Und für wen die Zweitstimme ?

Landesweit tritt die Bürgerinitiative „**Die Volksinitiative gegen die Massenbebauung Brandenburgs mit Windenergieanlagen und die verfehlte Wasserpolitik**“ an. Sie ist ein Zusammenschluss von mehr als 30 demokratisch, auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden Bürgerinitiativen. Sie „kämpft“ - wenn auch auf einem anderen Sachgebiet - aber wie wir gegen ein sinnloses Wahnsinnsprojekt und will für frischen Wind im Landtag sorgen.

Darum wäre es Ausdruck des Protestes gegen die Parteien, wenn „Die Volksinitiative“ auf Listenplatz 10 am Wahltag auch Ihre Zweitstimme bekäme.

Beitrittserklärung	
Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.	
Name _____	Vorname _____
Straße _____	
PLZ _____	Wohnort _____
Geb.-Datum _____	Beruf _____
Tel. privat _____	Tel. dienstlich _____
Fax privat _____	Fax dienstlich _____
Ort / Datum _____	Unterschrift _____
	Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag			
Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt. Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.			
T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 € <input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 € <input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 € <input type="checkbox"/>
Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das			
Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin · BLZ: 100 900 00 · Konto-Nr.: 7188733004			

Wir kämpfen weiter!

Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird! Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!